

Die von den Vertretern der KünstlerInnen genannten Probleme und Vorschläge wurden von den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses durchaus aufmerksam aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, wie daraus möglichst schnell praktische Politik wird. Geht es doch darum, die Existenzgrundlagen für Kunst und KünstlerInnen zu sichern. Die Fachgruppe Bildende Kunst wird die Politik nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Gotthard Krupp, 30.5.2007

Impressum:

Die Notizen zur Kunst erscheinen unregelmäßig.

Für den Inhalt ist der jeweilige Unterzeichner verantwortlich. Kritik und Nachdruck (mit Quellenangabe & Belegexemplar) erwünscht.

Bestellungen an folgende Adresse:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin

Oder Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

Bitte dazu schreiben, ob per Mail oder Post gesandt werden soll.

Herausgabe und Versand kosten natürlich, also Spenden je nach Möglichkeiten auf das Konto:

Gotthard Krupp-Boulboullé; Deutsche Bank 24 AG

BLZ 100 700 24 ; Kto.Nr. 462 407 800

Atelier: Goethestr. 2-3; 10623 Berlin

Tel 030 -31 31 659; Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

www.oelbilder-gotthard-krupp.de

Notizen zur Kunst

Nr. 3

Mai 2007

Kunst ohne Künstler?

Über eine Anhörung zur Bildenden Kunst im Wirtschaftsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Mai 2007

Die Kunst boomt, die Kunstszene wächst, Galerien werden eröffnet, Arbeitsplätze entstehen, das ist die allgemeine Bilanz.

Der Ausschuss für Wirtschaft im Berliner Abgeordnetenhaus sieht dementsprechend in der Bildenden Kunst einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Vor diesem Hintergrund fand die Anhörung statt, zu der der Galeristenverband, die Vertreterin des Art Forum, Sabrina van der Ley, sowie als Vertreter der Bildenden Künstler der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst von ver.di, Lorenz Müller-Morenius und der Geschäftsführer des BBK, Bernd Kotowski, eingeladen waren.

Die Bericht ergaben folgendes Bild:

Einerseits knüpft die Stadt Berlin an seine Tradition als Stadt der Bildenden Kunst, als Kunst- und Kulturmetropole, erneut an. So arbeiten über 5000, also fast 13% der Bildenden Künstler Deutschlands in Berlin. In der Folge finden Ausstellungen ein immer größeres Echo in der Stadt, bei den Kunstinteressierten, bei BürgerInnen und Besuchern der Stadt. Bildende Kunst ist ein unübersehbarer Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Andererseits haben nur 7 % der Berliner Künstler und Künstlerinnen ein Umsatz von über 16617 € im Jahr; die meisten verdienen weniger und viele fallen unter die Armutsgrenze. Fast 60 % der Kunstprodukte werden ohne Galerien vertrieben; 40 % beauftragen zwar Galerien, aber nur ¼ von ihnen haben feste Vertragsbeziehungen; d.h. 90 % der Künstler und Künstlerinnen haben keine regelmäßige Vertretung, sind also Produzent und Verkäufer in einem.

Das verwundert nicht, denn auch die bisherige Wirtschaftsförderung geht an den Künstlern vorbei. Gefördert werden die Käufer von Kunst, Galerien, also die Vermittler von Kunst, nicht aber die Produzenten von Kunst.

Als ob es etwas zu Verwerten gäbe, ohne Produzenten. Dahinter steckt die Ideologie, dass die Vergabe von Geld direkt an Künstler dazu führt, dass er am Markt vorbei produziert.

Schon in dem Kulturwirtschaftsbericht 2005 der Senatoren für Wirtschaft und Kultur findet sich diese Ideologie. In der sogenannten Wertschöpfungskette steht zwar der Bildende Künstler am Anfang der Kette, doch dann folgen nur die Galerien und Auktionshäuser, die den Kunden die Bilder vermitteln. Doch das entspricht nicht der Realität. Die meisten KünstlerInnen sind Produzent und Vermarkter ihrer Werke. Aber gehört das noch zum Kunstmarkt? Sicher. Produzieren sie Kunst? Sicher.

Damit ist der bisherige Ansatz für Wirtschaftsförderung zumindest unvollständig. Man muss darüber nachdenken, wie die bisherigen Instrumentarien der Wirtschaftsförderung für bildende Künstlerinnen und Künstler selbst praktikabel gemacht werden können.

Grundsätzlich, und das hob der Kollege Lorenz Müller-Morenius in seinen Ausführungen hervor, muss der Bildende KünstlerIn frei und unabhängig vom Markt arbeiten und leben können. Von diesem im Grundgesetz verankerten Prinzip sind wir weit entfernt. Aber die KünstlerInnen fordern heute ein, dass sie am kulturwirtschaftlichen Erfolg partizipieren.

Dazu wurden von ver.di Fachgruppe Bildende Kunst, Berlin-Brandenburg und dem BBK folgende Forderungen an den Wirtschaftsausschuss gestellt:

- Wirtschaftsförderungsprogramme müssen den KünstlerInnen zugänglich sein und ihren Bedürfnissen angepasst sein (Existenzgründungsprogramme, Produktionsprogramme, aber auch Messebeteiligungen)
- Bei Beantragung von Fördergeldern z.B. für Kunstaustellungen auf Landes- wie Bezirksebene ist zu sichern, dass Ausstellungshonorare für die Künstler sowie eine Ausstellungsvergütung gezahlt wird
- Überregionale Absatzförderung für die Berliner Kunst in Form von Unterstützung von Ausstellungenbeteiligungen im In- und Ausland
- Überbrückungskredite für freiberuflich arbeitende Bildende KünstlerInnen
- Eine Messe der professionell arbeitenden Künstler, die Kunden und Produzenten zueinander bringen, das klassische Instrument der Wirtschaftsförderung.

